

Zeitschrift: Wechselwirkung : Technik Naturwissenschaft Gesellschaft
Herausgeber: Wechselwirkung
Band: 6 (1984)
Heft: 21

Artikel: Das Umweltlabor Krebsmühle : ein Beispiel grüner
Forschungsförderung
Autor: Thiel, Ulla
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-652962>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Ulla Thiel



Das Umweltlabor Krebsmühle

Ein Beispiel grüner Forschungsförderung

„Grüner Betrieb vergiftet Umwelt!“ So geisterte es während des hessischen Landtagswahlkampfes 1982 durch die Schlagzeilen. Gemeint war damit die von der ASH (Arbeiterselbsthilfe) betriebene Krebsmühle in Oberursel, im Norden Frankfurts. Durch Kultur- und Theatergruppen, regelmäßig stattfindende Seminare, Kongresse und Messen ist die Krebsmühle als selbstverwalteter Kollektivbetrieb längst zu einem in der Öffentlichkeit vielbeachteten Projekt avanciert.

In der Hauptsache beherbergt die Krebsmühle eine Holzwerkstatt mit Ablaugerei und eine Druckerei, deren täglich anfallende Chemikalien vor eineinhalb Jahren für den „Umwelt-skandal“ sorgten. Die Behörden hatten nachgewiesen, daß die Abwässer des Betriebs die zulässigen Mengen an Blei und Zink ungefähr um das Zehnfache überschritten. Darüber herrschte bei der ASH zunächst einmal Ratlosigkeit.

Ihre Überlegungen gingen in folgende Richtung: „Was wir bräuchten, wäre so ein Büro, das alles das leisten kann, was heute fehlt: Analysen vor Ort, Beratung mit Chemikern, Juristen, Technikern, Leuten, die jetzt arbeitslos im Netzwerk oder bei den Grünen rumspringen und nicht wissen, wohin mit ihrem Herrschaftswissen.“

Zur gleichen Zeit suchte die Arbeitsgemeinschaft Umweltanalytik e.V. (AUA) Heidelberg nach einer Möglichkeit, sich ein eigenes Labor aufzubauen. Die AUA ist eine Gruppe von Chemikern, Biologen und Mineralogen, die neben Veranstaltungen und Seminaren zum Thema Schwermetalle Untersuchungen von Wasser, Böden und Pflanzen durchführt und die Ergebnisse BIs, Umweltgruppen oder auch einzelnen zur Verfügung stellt. Die beteiligten Wissenschaftler hatten in den Jahren zuvor die Erfahrung gemacht, daß es ohne eigenes Labor kaum möglich war, selbst Messungen und Analysen durchzuführen. An-

dererseits war es sehr unbefriedigend, bei der Öffentlichkeitsarbeit auf die offiziellen Laborberichte der Behörden zurückgreifen zu müssen. Von einem eigenen Labor erhofften sie sich auf lange Sicht bessere Arbeits- und Wirkungsmöglichkeiten.

Dennoch wollte sich die AUA nicht professionalisieren; ihre Mitglieder wollten weiterhin nur in ihrer Freizeit messen und sich nicht von Industrie- und Staatsaufträgen abhängig machen.

Es traf sich, daß diese Zielvorstellungen gut in das Konzept der ASH paßten, die im Betrieb geeignete Räume für ein Labor zur Verfügung stellen konnte. So entstand die Idee eines Umweltlabors Frankfurt, die bei Öko- und Wassergruppen sofort großen Anklang fand. Vier weitere Laborgruppen aus Darmstadt, Mainz und Frankfurt haben sich mittlerweile dem Projekt angeschlossen und werden gemeinsam mit AUA und ASH demnächst mit dem Bauen beginnen. In der Zusammenarbeit von Laborgruppen und Arbeiterselbsthilfe sehen beide Seiten die Chance, sich gegenseitig zu helfen und ihre jeweiligen Ansprüche und Vorstellungen zu korrigieren.

Zu den Aufgaben des Umweltlabors soll gehören, selbstverwalteten Betrieben die Möglichkeit zu geben, ihre Produktion auf Umweltverträglichkeit hin untersuchen zu lassen. Insbesondere sollen Produkte aus biologischer Herstellung kontrolliert werden. Das Umweltlabor soll darüber hinaus Anlaufstelle für ratsuchende Bürger und Initiativen sein; in Kursen und Seminaren sollen die Naturwissenschaften verstehbar und durchsichtiger gemacht werden.

Interesse an dem Umweltlabor Krebsmühle haben inzwischen auch die Grünen angemeldet. In der Einrichtung eines autonomen Umweltlabors sehen sie die Chance, wissenschaftliche Hilfestellung für die parlamentarische Arbeit zu bekommen.

Das Offenbacher Büro der Grünen hat bereits angekündigt, daß es das Labor mit mehreren Messungen beauftragen werde. Die Grünen waren es auch, die vor kurzem den ersten Schritt zur Realisierung des Labors ermöglichten: Der Ökofonds der hessischen Grünen hat der AUA 10.000 DM bewilligt.

Aber das Geld reicht nicht

Der Ökofonds Hessen verfügte 1983 über einen Jahresetat von 145.000 DM, wovon 66.000 DM aus Zuwendungen der Abgeordneten der Grünen im Bundestag stammten und der Rest aus Diäten und Aufwandsentschädigungen der hessischen Landtagsgrünen. Ungefähr 10% der Fondsmittel werden an Forschungsprojekte vergeben (z.B. Ökoinstitut Darmstadt, Interdisziplinäres Feministisches Forschungsinstitut Frankfurt). Der Ökofondsbeirat, der über die Vergabe der Gelder beschließt, setzt sich aus drei Grünen, drei Mitgliedern von Gruppen aus dem grün-alternativen Umfeld (zur Zeit das Ökoinstitut, die autonome Frauenbewegung und die Naturkostläden) und einem Vertreter vom Netzwerk Frankfurt zusammen. Für die Befürwortung eines Antrages sind mindestens fünf der insgesamt sieben Stimmen notwendig.

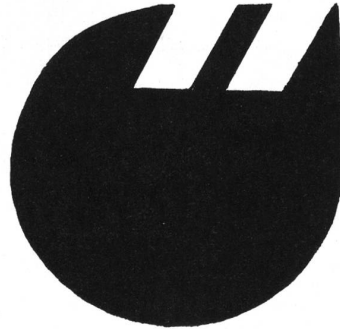
Die pluralistische Zusammensetzung des Beirats ist für die Antragssteller und geförderten Projekte insofern ein Vorteil, als sie nicht befürchten müssen, ihre Autonomie einzubüßen oder von den Grünen vereinnahmt zu werden. So bleibt es allein der AUA überlassen, was sie mit den 10.000 DM anfängt. Außerdem haben sie keinerlei Auflagen für ihre Arbeit bekommen. Was allerdings die Diskussionen und Verhandlungen in diesem Fall erschwerte, war die Tatsache, daß die Mitglieder des Beirats vorwiegend aus Sozialberufen kommen und daher kaum in der Lage sind zu beurteilen, was ein Labor kostet und wie schwierig und aufwendig es ist, bestimmte Untersuchungen durchzuführen.

Wie das Beispiel des Ökofonds zeigt, sind die finanziellen Möglichkeiten einer grünen Forschungsförderung noch stark begrenzt. Mit den im Fall des Umweltlabors der Krebsmühle bewilligten 10.000 DM läßt sich mit Sicherheit nur ein Bruchteil der Ausstattung eines chemischen Labors finanzieren; dennoch kann immerhin mit dem Bau begonnen werden. Da bei den Laborgruppen einige Geräte bereits vorhanden sind, schätzen die AUA-Leute, mit der eigentlichen Laborarbeit in diesem Sommer beginnen zu können. Einige Analysen – besonders Nachweise organischer Stoffe – werden jedoch fürs erste nicht möglich sein; dazu fehlen noch einige sehr teure Geräte, z.B. ein Gaschromatograph.

Die Laborgruppen hoffen, daß ihnen die Grünen, die großes Interesse an dem Projekt Umweltlabor in der Krebsmühle gezeigt haben, auch bei der Weiterfinanzierung helfen werden. Entsprechende Anträge sollen an Landesmitgliederversammlung und Landeshauptausschuß der Grünen gestellt werden.

Sie hoffen aber auch auf den großen „Ökotopf“ mit 7,2 Mio. DM, den die Hessengrünen bei ihren Unterstützungsverhandlungen mit der SPD-Landesregierung vereinbart haben und der zur Förderung alternativer Betriebe vorgesehen ist. Während aber der Ökofonds, ähnlich wie Netzwerk, die Eigenständigkeit alternativer Projekte unangetastet läßt, ist die Situation im Fall der Regierungsgelder unklar. Aus Furcht vor parteipolitischen Integrationsversuchen hat sich bereits ein „Verband alternativer Betriebe“ gebildet, der die Gelder in eigener Verantwortung verteilen möchte. Auch die AUA hat bereits einen Aufnahmeantrag an diesen Verband gestellt, wohlwissend, daß eine Arbeit im Interesse der „Betroffenen“ nur möglich ist, wenn man sich als „Betroffene“ organisiert – auch gegenüber der SPD-Landesregierung.

Elisabeth Werner und Bernd Speiser



„Paßt bloß auf“ hat jemand an die Garagenwand neben dem Bürohochhaus in der Hindenburgstraße 20 in Freiburg gesprüht. Eine Anspielung auf das Institut für Angewandte Ökologie (kurz Öko-Institut genannt), das seit einigen Monaten in diesem Prachtexemplar moderner Funktionalarchitektur residiert? Schon möglich – sei es als flapsiger Rat, sei es als Drohung an die Adresse der ökologischen Verwalter und Wissenschaftler. Jedenfalls ist das Öko-Institut eine der Institutionen, deren Namen in der alternativen (Öko-) Bewegung einigen Klang besitzen. Was aber wird dort in Freiburg ausgeheckt? Welche Stellung hat das Institut innerhalb dessen, was man gemeinhin „die Bewegung“ nennt? Welche Vorstellungen haben die Mitarbeiter über realistischen Umweltschutz? Und schließlich, inwieweit ist in der Hindenburgstraße der Anspruch nach alternativen Strukturen und basisdemokratischen Vorstellungen verwirklicht? Fragen, die wir bei Interviews mit mehreren Mitarbeitern des Instituts beantwortet haben wollten: mit Martin Böhme, Mitarbeiter der Institutes, Peter von Gizycki, Wissenschaftskoordinator, und Rainer Griebshammer, Vorstandsmitglied.

Das Öko-Institut Freiburg wurde 1977 als eingetragener Verein gegründet. Bei den Auseinandersetzungen mit Behörden und in Gerichtsprozessen um das AKW Wyhl hatten die südbadischen Bürgerinitiativen gemerkt, daß sie kaum Sachverständige hatten, die ihre Interessen fundiert vorbringen konnten.

Daher die Idee, ein Institut zu gründen, das gutachterliche Stellungnahmen zu ökologischen Streitpunkten abgeben und die Bürgerinitiativen wissenschaftlich beraten sollte.

Zu Anfang bestand der Verein aus ca. 40 Mitgliedern. Inzwischen ist die Zahl derer, die sich dem Gedanken einer „interessenunabhängigen ökologischen Forschung“ verbunden fühlen, auf über 4000 angewachsen. Nicht nur in der steigenden Mitgliederzahl, auch sonst kann das Öko-Institut nach mehr als 5jährigem Bestehen einige Erfolge verbuchen.

Die Projekte des Öko-Instituts lieferten den Kernkraftgegnern und Umweltschützern wirksame Argumente, die von den Befürwortern der herrschenden Energiepolitik nicht einfach vom Tisch gewischt werden konnten. Die Energiewendestudie beispielsweise zeigt, daß Wirtschaftswachstum in der BRD auch ohne Einsatz von Kernenergie und bei sinkendem Erdölverbrauch möglich ist. Die Reaktorsicherheitsstudie des Öko-Instituts weist nach, daß in der entsprechenden Studie der Gesellschaft für Reaktorsicherheit die möglichen Unfallrisiken fehlerhaft dargestellt sind.

Die Finanzierung der Projekte und die Bezahlung der festgestellten Mitarbeiter erfolgt aus den Eigenmitteln des Instituts, die durch Mitgliedsbeiträge, Spenden und Buchveröffentlichungen zusammenkommen. Damit ist die finanzielle Un-